

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Motto:

Treu der alten Heimat und der neuen.

5. Jahrgang

Tientsin, Donnerstag, den 8. Februar 1934.

Nummer 1030

Aufstand in Paris

Zahlreiche Tote — Hunderte von Verwundeten — Marineministerium in Brand gesetzt — Daladier erhält das Vertrauensvotum

Paris, den 6. Febr. (Reuter) In den Strassen von Paris floss heute Blut, als der Mob am Abend versuchte, die Abgeordneten-Kammer zu stürmen, da die Daladier Regierung in einem der spannendsten Kämpfe der französischen Geschichte sich durch den günstigen Ausgang der Vertrauensfrage den Sieg errungen hat.

Die Unruhen begannen mit der Dämmerung; die völlig ausser Kontrolle geratene Menge überwältigte die Polizeiposten auf dem „Place de la Concorde“, zerstörte Kloske und Tabakläden und setzte Autobusse in Brand.

Viele Personen einschliesslich einer Frau sind getötet worden, als die Polizei gezwungen wurde, das Feuer auf die Auführer zu eröffnen, welche das Abgeordnetenhaus erreicht hatten und die Regierung belagerten. Niemand durfte das Gebäude verlassen, obgleich eine Reihe verwundeter Personen aufgenommen worden ist. In anderen Teilen der Stadt beging der Mob kleinere Brandstiftungen, überschüttete die Polizei mit Steinen und zerschlug die Kafes in den historischen Strassen. Die Faubourg Saint Honore war voller verwundeter Personen mit zerrissenen und blutbeschnitzten Kleidern. Die Unruhen begannen ausserhalb des Hotel de Ville (Rathaus), wo sich die Demonstranten sammelten und schrien: „Nieder mit der Regierung!“, „Nieder mit Chiappe!“

Kafehausbesitzer wurden gewarnt und verschlossen ihre Lokale und Geschäftsinhaber liessen die eisernen Gitter herunter und beseitigten mögliche Wurfgeschosse.

Der aufständische Mob setzte das Marineministerium in Brand, aber die Feuerwehr konnte den Brand in einer halben Stunde löschen.

Infolge der grossen Verluste hat das Kabinett beschlossen, gegen die bekannten und unbekanntenen Personen Verfahren wegen Provokation zum Mord und Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates einzuleiten.

Paris, den 7. Febr. (Reuter) Um 11 Uhr gesternabend wurden vor der Angeordneten-Kammer zwei Infanteriebataillone aufgestellt, die dort die ganze Nacht über Wache halten werden.

Innerhalb einer halben Stunde wurden 6 berittene republikanische Polizisten getötet. Der Berichterstatter von Reuter zählte wenigstens 15 Posten mit gespaltenen Köpfen. Der Mob war mit Steinen und Stöcken bewaffnet. Er kämpfte verzweifelt und

erneuert jedesmal den Angriff, wenn man versuchte ihn zurückzuhalten. Später spielten sich die Hauptkämpfe zwischen ehemaligen Soldaten und der republikanischen Wache ab. Die Reservisten trafen 20 Minuten vor Mitternacht auf dem Kampfplatz ein, und sofort entstand ein Kampf Mann gegen Mann. Auf den Mob wurden zwei Salven abgegeben, ohne ihn allerdings zurückzutreiben. Daladier sagt in einem Manifest, dass es sich um einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung handle und dass er entschlossen sei mit allen gesetzlichen Mitteln die Sicherheit der Bevölkerung und die Unabhängigkeit des republikanischen Regimes zu schützen.

Der „Place de la Concorde“ war um Mitternacht durch tausend Polizisten mit vorgehaltenen Revolvern gesäubert worden. Die Menge strömte in die auf den Place de la Concorde mündenden Strassen und wurde von den Polizisten weiter beschossen. Hunderte von Verwundeten liegen umher.

Umzüge und kleinere Unruhen werden aus Lions, Marseilles, Lille, Nancy, Nantes, Cayenne und Rouen gemeldet.

Daladier hielt um 1.30 Uhr morgens im Innenministerium mit Frot und anderen Ministern einen Kriegsrat ab. Frot dankte in einer Ansprache der Polizei und sagte, dass „noch wirksamere Mittel zur Verfügung ständen“.

Wie Stawiski gewirtschaftet hat

Paris, den 4. Febr. (Transocean K.) Weiteres Licht in Stawiskis Laufbahn wurde heute durch die Aussagen seines Privatsekretärs Pigaglio in den Voruntersuchungen gebracht.

Pigaglio sagte aus, dass sein Chef die Absicht gehabt habe, nach Venezuela zu fliehen. Er hätte keine Schwierigkeiten von der Polizei erwartet, da es seiner Ansicht nach von der Regierung nicht klug sein würde, ihn zu verhaften und den Vorhang vor der politischen Korruption zu heben.

Stawiski selbst hat die Höhe seines erschwindelten Geldes auf 280 000 000 Franken geschätzt.

Pigaglio erklärte weiter, dass sein Chef reuevoll zugegeben habe, 9 000 000 Franken für die Zeitung „Volonté“ „hinausgeschmissen“ zu haben und ausserdem 2 000 000 Franken für die Aufführung eines einzigen Stückes im Empire Theater ausgegeben zu haben.

Deutschlands Antwort auf die französische Abrüstungsnote

Deutschland ist zu jeder Einschränkung bereit, vorausgesetzt dass die anderen diese ebenfalls durchführen

Berlin, den 3. Febr. (Transocean K.) Deutschlands Antwort auf das französische Memorandum wurde am Sonnabend nach der Veröffentlichung des französischen Schriftstückes in Paris am Freitag der Presse bekannt gegeben. Betreffs des Heeresbestandes sagt das deutsche Memorandum, dass die Normierung der Armeen notwendigerweise davon abhängig gemacht werden muss, ob die beabsichtigte Norm auch von den anderen Staaten akzeptiert wird. Ausserdem kann der Wert der von Frankreich zugestandenen Reduzierung seines Heeresbestandes für die erste Periode erst dann bestimmt werden, wenn man erfährt, was Frankreich mit seinen Ueberseetruppen zu unternehmen gedenkt. Nach einer sorgfältigen Prüfung der im französischen Plan vorgeschlagenen Richtlinien ist die Reichsregierung zu der Ansicht gekommen, dass grosse Zweifel bestehen, ob eine gerechte Lösung und Festigung des Friedens innerhalb der französischen Richtlinien möglich ist.

Weiter sagt das Memorandum, dass es natürlich nicht die Absicht der deutschen Vorschläge ist, solche Abrüstungsmassnahmen abzulehnen, durch die ein baldiges Uebereinkommen erreicht werden kann. Der deutschen Regierung würde im Gegenteil nichts willkommener sein, als die scharfsinnigste Begrenzung der Rüstungen, aber aus der heutigen Lage die deutsche Regierung entnehmen, dass

diese Reduzierungen nicht eine Verwirklichung des deutschen Anspruchs auf Gleichheit zulassen, wie sie in der Erklärung vom 11. Dezember 1931 anerkannt worden ist. Der einzige Weg zu einem baldigen Uebereinkommen und einer Regelung ist die Abrüstungsmassnahmen, über welche jetzt ein Uebereinkommen erzielt werden kann, durchzuführen und im Uebrigen die Rüstungen der schwerbewaffneten Staaten während der Dauer der ersten Vertragsperiode auf dem heutigen Niveau zu halten, während Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung durch gewisse Massnahmen erfüllt wird, welche seine Rüstungen dem Stand der anderen Staaten nähern.

Die deutschen Vorschläge dienen keinem anderen Zweck als die Konsequenzen aus einer Lage zu ziehen, für die Deutschland nicht verantwortlich ist. Man kann nicht erwarten, dass Deutschland alleine diese Folgen trägt, indem es jahrelang eine einseitige Beschränkung erträgt, welche in gar keinem Verhältnis zu den Rüstungen der anderen Staaten steht. Die französische Regierung sagt, dass eine Armee von 300 000 Mann für Deutschlands Verteidigung mehr als ausreichend ist. Diese Zahl ist im Gegenteil ein Minimum von dem, was Deutschland unter den heutigen Umständen für seine Sicherheit braucht in Anbetracht seiner geografischen Lage und langen und ungeschützten

Die Abrüstungsfrage im Unterhaus

Deutschland muss Rüstungsgleichheit gewährt werden

London, den 6. Febr. (Reuter) Das Unterhaus war überfüllt und viele diplomatische Vertreter befanden sich auf den Galerien, als Sir John Simon die Abrüstungsdebatte eröffnete.

Der Aussenminister erklärte, dass die Entwicklung der Lage seit dem 21. Dezember eine nützliche Diskussion gestatte. Die allgemeinen Ansichten haben sich einander genähert und sind genug ermutigend, um einen neuen Versuch Grossbritanniens zur Aussöhnung zu rechtfertigen. Aus diesem Grunde wurde das Memorandum vom 31. Dezember veröffentlicht.

Der Schlüssel zur Abrüstung war die Beilegung des Streites zwischen Frankreich und Deutschland. Deutschlands Ansprüche auf Rüstungsgleichheit können nicht und sollten nicht abgelehnt werden, denn es besteht wenig Aussichten auf einen Weltfrieden, wenn man versucht ein grosses Land unter Aufsicht zu stellen.

Wenn nicht ein sofortiges Uebereinkommen abgeschlossen wird, muss Britannien seine Rüstungslage beachten, da es in einer Welt der unbegrenzten Rüstungen zu leben hat.

Sir John Simon sagte weiter, dass jeder Vertrag Deutschland eine gewisse Aufrüstung zugestehen muss, aber die britische Regierung wird nur mit Widerwillen einem Verträge zustimmen, welcher Gleichberechtigung ohne Abrüstung auf irgendwelchen Gebieten vorsieht.

Die britische Regierung beabsichtigt, sobald wie möglich für den Geheimsiegelbewahrer und Hauptmann Eden eine Reise nach Paris, Rom und Berlin zu ermöglichen, damit der britische Standpunkt erklärt werden kann und die Regierung den Standpunkt der anderen Regierungen zu dem Memorandum erfährt.

Hauptmann Eden würde sofort nach Paris abfahren sein, aber die französische politische Lage zwingt, Rücksicht auf eine der französischen Regierung passende Zeit zu nehmen.

Britannien ist trotz aller Schwierigkeiten entschlossen, ein internationales Uebereinkommen zustande zu bringen und auf jedem möglichen Weg den Frieden in der Welt zu stärken, um sich selbst und die anderen Staaten vor den Gefahren und Lasten zu befreien, welche einem endgültigen Fehlschlag zu einem Uebereinkommen folgen müssen.

London, den 6. Febr. (Reuter) in der Abrüstungsdebatte des Unterhauses sagte der stellvertretende Führer der Arbeiteropposition, Major C. R. Attlee, dass Deutschland die Gleichheit zu spät zugestanden worden ist. Die Politik des Völkerbundes hat die Nationen ermutigt, diesen Völkerbund zu verlassen, von Krieg zu reden und Zugeständnisse zu erhalten. Japan ist zu einem Beispiel für die Behandlung der übrigen Welt gemacht worden.

Sir Herbert Samuel (Liberal) sagte, dass eine Wiederbewaffnung Deutschlands infolge des Prinzips der Gleichheit nicht zu vermeiden sei. Falls der britische Plan 100%ig durchgeführt würde, würde er zu einer Rüstungsverminderung in Europa führen. Aber selbst wenn Europa diesem Plan zustimmen würde, bestehe Ungewissheit in bezug auf den Fernen Osten.

Sir Austin Chamberlain sagte, dass es an der Zeit gewesen sei, Deutschland darüber aufzuklären, dass die Vorbedingung zu der Annahme seiner Ansprüche in der Aufgabe aggressiver Absichten auf die Unabhängigkeit anderer Nationen mit Waffengewalt oder Propaganda sei.

Grenzen. Dies ist um so deutlicher, wenn man die Zahl mit den Rüstungen von Deutschlands Nachbarländern vergleicht, d. h. mit Frankreich und seinen Verbündeten Polen, der Tschechoslowakei und Belgien. Deutschland verfügt über keine gleichwertigen Streitkräfte gegen die ausgebildeten Reserven dieser Länder. Die deutsche Regierung hat bereits ihre Bereitwilligkeit bekannt gegeben, die Sturmtruppen und andere Formationen nicht-militärischen Charakters der vorgeschlagenen internationalen Kontrolle zu unterstellen, vorausgesetzt, dass die anderen Länder die gleiche Verpflichtung für ihre ähnlichen Organisationen übernehmen. Auf diese Art würden alle Befürchtungen, dass Deutschland die politischen Organisationen benutzen wird, um die in einem möglichen Abrüstungsvertrag festgesetzten Beschränkungen zu umgehen, beseitigt sein. Eine erfolgreiche Regelung dieser Frage wird den Weg für die Lösung anderer politischer Probleme, welche bisher ungeregelt waren, frei machen.